

Beschluss des Landrats vom 03.11.2022

Nr. 1775

14. Deponieplanung 2.0 2021/553; Protokoll: ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Rolf Blatter (FDP) erklärt, der Regierungsrat lehne die Motion mit der Begründung ab, die Aufgaben seien gemacht und im Richtplan seien genügend Standorte für Deponien Typ A und Typ B festgesetzt. Dies reiche für die nächsten 15–20 Jahre. Dies ist nicht der Fall. Der Redner hat mit Vertretern des Nordwestschweizer Verbands der regionalen Entsorgungsunternehmen gesprochen und gestern über Mittag die beiden grössten Deponieunternehmer getroffen. Diese sagen das Gegenteil: Es fehlt an Deponievolumen. Im Text der Motion bezieht sich der Redner auf seine Interpellation aus dem Jahr 2019. Dort steht, Anfang 2019 gab es 2,3 Mio. Kubikmeter Deponievolumen für Typ B, was bei einem jährlichen Bedarf von 450'000 Kubikmetern für fünf Jahre reicht. Eine Zeitlang gab es null Deponievolumen und die Unternehmen fuhren mit ihren Abfällen ins Elsass, in den Kanton Neuenburg, nach Vorarlberg, Niederbipp etc. Weiter verlangt die Motion, dass der Regierungsrat die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) umsetzt. Es geht darum, Massnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu treffen und darum, den Bedarf an Anlagen zur Entsorgung von Siedlungs- und anderen Abfällen und insbesondere auch an Deponievolumen aufzuzeigen. Es geht um eine langfristige Deponieplanung für die nächsten 20 Jahre. Eine solche ist nicht existent. Verweist der Regierungsrat auf den Richtplan, finden sich bei den örtlichen Festsetzungen auf Seite 154 für Deponien Typ B die Höli in Liestal, den Strickrain in Sissach und Bruggtal in Bännwil. Für Deponien Typ A gibt es je einen Standort in Hölstein, Sissach und Zeglingen. Aber für Material des Typs B reicht das Deponievolumen nicht. Deshalb versteht der Redner nicht, weshalb es der Regierungsrat ablehnt, langfristig zu überlegen, wie Deponievolumen bereitgestellt werden kann. Dies muss sich in einer tabellarischen Darstellung manifestieren: Jahre 0–20, Deponievolumenbedarf pro Jahr und Deponievolumenbereitstellung an den verschiedenen Standorten in den Jahren 0–20. Das Problem ist ungelöst. Es ist weder ökologisch noch ökonomisch und auch nicht sinnvoll, mit Lastwagen durch halb Europa zu fahren, weil es hier kein Deponievolumen gibt. Komplettnegiert werden auch die vielen Transporte mit dem Schiff nach Holland. Der Redner bittet im Namen der FDP-Fraktion darum, die Motion zu unterstützen, um das Thema Deponien langfristig anzugehen.

Marco Agostini (Grüne) sagt, es sei ein unternehmerischer Entscheid, dass das Material nach Holland gelange, vermutlich sei es günstiger. Daran ist nicht der Regierungsrat schuld. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde beschlossen, dass möglichst viel Baustoff recycelt werden soll. Dies läuft erst an. Der Redner hofft, dass bis in 20 Jahren mindestens die Hälfte oder zwei Drittel recycelt werden kann. Das Interesse ist vorhanden. Der Redner bittet die Industrie, entsprechende Investitionen zu tätigen, um Recyclinganlagen zu ermöglichen. Die Fraktion Grüne/EVP lehnt eine Überweisung als Motion ab, aber zumindest die Hälfte der Fraktion könnte einem Postulat zustimmen. Viele Lösungen wird es nicht geben, denn der Weg muss in Richtung Recycling führen. Zur Entschädigung von Gemeinden: Dann müssten Gemeinden auch entschädigt werden, wenn neben ihnen eine Autobahn durchführt oder Flugzeuge darüber fliegen. Es kann nicht nur für eine Deponie eine Entschädigung erfolgen. Dieser Passus müsste gestrichen werden. Der Redner würde ein Postulat unterstützen.

Urs Kaufmann (SP) hält die Motion und auch ein Postulat für überflüssig. Im kantonalen Richtplan wurden Standorte für Deponien festgesetzt. Sollen diese Deponien irgendwann in Betrieb gehen, müssen diese lokal geplant und der Nutzungsplanungsprozess in Angriff genommen werden. Dies ist die eigentliche Hürde. Es braucht im Richtplan keine weiteren Orte. Wichtig ist andererseits, dass die Vermeidungsstrategie vorangetrieben wird und es deutlich weniger Material gibt, das deponiert werden muss. Der Regierungsrat arbeitet intensiv daran. Eine erste Landratsvorlage hat der Landrat bereits behandelt. Der entscheidende Schritt kommt jedoch erst noch: die Deponieabgabe. Wichtig ist, dass der Landrat dieser zustimmt, damit das Instrument wirken kann. Dann werden gewisse Mittel zur Verfügung stehen, um Entschädigungen zu definieren, wie vom Motionär gefordert, und allenfalls Beiträge an Recyclinganlagen zu leisten. Wichtig ist, dass sich die bürgerliche Seite zu einer Deponieabgabe bekennt. Es gibt Festlegungen im Richtplan, und nun braucht es eine regionale Planung, was sehr anspruchsvoll und schwierig ist.

Matthias Ritter (SVP) erklärt, die aktuell im Richtplan festgesetzten Standorte decken die Deponieprojekte der nächsten 15–20 Jahre ab. Die vom Bund geforderte Deponieplanung liegt vor und es wurden ausreichend Deponiestandorte festgesetzt. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich das Volumen in Zukunft verkleinern wird, da es bereits gute Angebote von Unternehmern gibt, und ein Teil des Materials wiederverwertet und nicht deponiert wird. In Zukunft kann nicht im gleichen Umfang gebaut werden wie jetzt, was automatisch auch zu weniger Bedarf an Deponievolumen führen wird. Es braucht eine offene und gute Zusammenarbeit von Kanton, Gemeinden und Umweltschutzorganisationen. So können auch Widerstände gegen Deponien verringert werden. Es braucht auch in Zukunft Deponien. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Simon Oberbeck (Die Mitte) kann die Euphorie seiner Vorredner nicht ganz nachvollziehen. Im Kantonalen Richtplan (KRIP) wurde der Deponieraum für die nächsten 20 Jahre festgelegt. In der Antwort des Regierungsrats steht aber auch, es gebe zwar genügend Deponieraum, jedoch ohne Berücksichtigung von Grossprojekten und Unvorhergesehenem. In den kommenden 10, 20 Jahren wird es viele Grossprojekte geben, beispielsweise den Rheintunnel. Dann wird der Deponieraum nicht reichen, selbst wenn Recycling erfolgreich ist. Auch im Bereich Recycling, Waschanlagen etc. ist noch nicht viel geschehen. In der Mitte/glp-Fraktion wurde intensiv über diese komplexe Thematik diskutiert. Die Mehrheit spricht sich für eine Motion und allenfalls auch für ein Postulat aus.

Zu den Standortgemeinden: Die Höli liefert auch Beiträge an die Gemeinde Liestal ab. Es wird sehr schwer, die Deponien in dem Umfang realisieren zu können. Deshalb braucht es die Unterstützung der Gemeinden. Eine Deponie ist eine Belastung für eine Gemeinde. Deshalb sollte die Motion oder ein Postulat überwiesen werden, um den Druck aufrechtzuerhalten. Man befindet sich auf dem richtigen Weg, aber es braucht weiterhin Druck.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) schickt voraus, 2021 sei in der vorberatenden Kommission geprüft worden, ob es genügend Standorte gibt. Im Landrat wurde die Vorlage praktisch einstimmig angenommen. Es gibt eine Deponieplanung und -standorte. Nun braucht es Projekte, was nicht einfach ist. Damit ein Projekt umgesetzt werden kann, braucht es vor allem Vertrauen. Eine Abstimmung zu Deponiestandorten hat der Regierungsrat verloren, weshalb er es für wichtig erachtete, dass Vertrauen geschaffen wird und dass die Leute verstehen und wissen, dass nur Material auf Deponien gelangt, das auf Deponien gehört und nicht anderswo hin. Es gibt bis heute keinen Materialkreislauf, der vollständig ohne Deponien auskommt. Die Deponiestandorte braucht es auch künftig. Der Abfallstrom der Bauabfälle soll jedoch kleiner werden. In der Landratsvorlage zum Baustoffkreislauf (2021/472) deklarierte der Regierungsrat, dass er diese Menge in diesem Jahrzehnt um ein Drittel reduzieren möchte. Dieses Ziel ist realistisch. Es gibt Unternehmen, die recyceln möchten. Dies würde mit einem Deponiedumping unterminiert. Es gibt genügend Stand-

orte. Die Höli war geschlossen, weil sie im letzten Jahrzehnt viel zu schnell aufgefüllt wurde. Das Material kam aus dem Mittelland – genau das Gegenteil dessen, was der Motionär beschrieben hat. Die Anlage war viel zu rasch gefüllt, was zu Problemen führte. Die Höli ist wieder offen, weil zusätzliches Volumen bewilligt werden konnte. Im Moment wird dort weniger abgelagert als kalkulatorisch angenommen. Dort besteht somit eine Lücke in die andere Richtung, die jedoch nicht gefüllt werden muss. Aber weshalb ein Notstand bestehen soll, ist dem Redner nicht klar. Es könnte einer entstehen, wenn ein Projekt nicht umgesetzt werden kann. Aber dafür braucht es keine neue Deponieplanung. Nun geht es darum, die Projekte rechtzeitig aufzugleisen. Dafür braucht es vor allem Vertrauen.

Zur Entschädigung von Standortgemeinden: Dieser Aspekt erscheint schwierig. Es gibt einen viel besseren Ansatz. Als ehemaliger Gemeinderat von Sissach kennt der Redner diesen: Eine Deponie ist eine Belastung, aber der Strickrain in Sissach wird von der Einwohner- und Bürgergemeinde Sissach betrieben. Dies muss nicht zwingend so sein, es sind auch gemischte Modelle möglich. Will eine Gemeinde jedoch an den Einnahmen partizipieren, kann sie dies tun. Das erscheint als der richtige Ansatz, wenn es eine materielle Entschädigung braucht. Viel wichtiger als der materielle Aspekt ist jedoch, dass eine Gemeinde mit einer Beteiligung dem öffentlichen Interesse entsprechend Nachdruck verleihen kann, beispielsweise, dass eine Deponie nicht zu schnell gefüllt wird, sondern wie geplant. Auch schwierig erscheint, dass Standortgemeinden entschädigt werden sollen, damit ein Recyclingunternehmen dorthin kommt. Siedelt sich in einer Gemeinde ein grosses Recyclingunternehmen an, kann es dies nur in einer zweckbestimmten Zone, die darauf ausgelegt ist, dass die Immissionen nicht übermässig sind. Würde der Recyclingunternehmer eine Entschädigung erhalten – wer diese zahlt, weiss der Redner nicht –, der benachbarte Betonproduzent, der genauso viele Immissionen verursacht, jedoch nicht, erscheint dies nicht sinnvoll und auch ordnungspolitisch fragwürdig. Dieser Weg kann nicht zielführend sein. Die beste Gewährleistung, dass die Bevölkerung Vertrauen hat, dass keine überflüssigen Deponiestandorte festgesetzt werden, besteht darin, dass nur das deponiert werden muss, was deponiert werden soll. Die Motion braucht es in dieser Form nicht.

Rolf Blatter (FDP) schickt vorab, das Thema Deponien sei ein langfristiges und nicht eines, das von heute auf morgen gelöst werden kann. Deshalb ist der Blickwinkel auf 20 Jahre nicht falsch. Die erwähnte Abstimmung ist von Dezember 2015, ein äquivalentes Deponieprojekt gab es bis jetzt nicht. Die Firmen betonen stetig, es gäbe kein Deponievolumen. Sie fahren nach Europa oder irgendwohin in der Schweiz, weil es hier keine Möglichkeiten gibt. Da kann lange gesagt werden, es gebe eine Deponieplanung – das Deponieproblem ist nicht gelöst. Die Höli ist teurer geworden, weshalb weniger deponiert wird. Die Tonne kostet CHF 50.– und nicht mehr CHF 20.–. Setzt man die CHF 50.– in Relation zu Waschanlagen, von denen es noch nicht genügend gibt, führt dies dazu, dass anderswo deponiert wird. Dies ist nicht das Ziel. Es gibt einige Standorte im KRIP, aber noch kein bewilligtes und umsetzbares Deponieprojekt. Zum Thema Holland: Dorthin gehen Asphaltabfälle, die thermisch entsorgt und in einem Spezialofen verbrannt werden müssen, den es in der Schweiz nicht gibt. Dies ist kein ökonomischer Entscheid der Unternehmen. Dies zu Marco Agostini.

Zum Thema Volumen generell: Auch in der Beantwortung des Vorstosses von Rolf Blatter zum Thema Recycling wurde das Volumen genannt. In der Schweiz fallen pro Jahr 1 Mio. Tonnen an Bauabfällen an. Betreibt man Recycling wie geplant, gibt es Wasch- und Aufbereitungsanlagen und kann ein Drittel des Volumens rezykliert werden, bleiben immer noch zwei Drittel, d. h. 600'000 Tonnen, die deponiert werden müssen. Das Deponievolumen ist nicht vorhanden, auch wenn im KRIP die Standorte erwähnt sind. In die Deponie von Bennwil können einige Unternehmen liefern, andere nicht; dies bestimmt der private Unternehmer und dies ist seine freie unternehmerische Entscheidung. Wer nicht deponieren kann, fährt weg.

Die Entschädigung der Gemeinden ist ein schwieriges Thema. Will sich eine Gemeinde beteiligen, macht eine Entschädigung keinen Sinn. Aber es gibt auch Standorte, bei denen sich eine Gemeinde nicht beteiligen will. Dort wäre es ein Thema. Der Auftrag wäre zu überlegen, wie dies gelöst werden könnte. Es wäre schön, wenn der Vorstoss unterstützt wird. Der Rheintunnel ist ein grosses Projekt und es dauert noch zehn Jahre, bis mit dem Bau begonnen wird. Aber es gibt im Kanton grosse Baustellen wie der Doppelspurausbau in Grellingen. Heisst es als Auflage in der Bewilligung, dass dann gebaut werden kann, wenn klar ist, wo das Material entsorgt wird, wird dort nichts gebaut. Es kann nicht sein, dass das Material durch halb Europa gefahren wird.

Marco Agostini (Grüne) sagt, müssten Teerabfälle nach Holland gefahren werden, sei dies kein Argument für die Motion, denn müsse dies dort entsorgt werden, sei dies auch in 30 Jahren noch der Fall. Der Vorredner hat auch gesagt, die Abfälle würden durch halb Europa gefahren, auch wenn diese ins Elsass geführt werden. Zu Recht hat Rolf Blatter gesagt, die Baubranche habe ein Problem, sie könnten nicht deponieren. Aber dann geht der Vorstoss an der Sache vorbei. Gibt es jetzt ein Problem, muss nicht geplant werden, was in 20 oder 30 Jahren ist. Dann braucht es jetzt einen Vorschlag, wie es weitergeht. Der Redner kann sich nicht vorstellen, dass die Baubranche bereits jetzt weiss, was sie in 30 Jahren bauen wird. Es ist nicht klar, wann der Rheintunnel, eine Bundesangelegenheit, kommt. Sagt Rolf Blatter, es gebe jetzt Deponieprobleme und es brauche eine Lösung, kann der Redner ihn vielleicht sogar unterstützen. Aber die vorliegende Motion löst dieses Problem nicht. Der Redner hat selber einen Vorstoss gemacht, dass Deponien mit Siedlungsabfällen saniert werden müssen, weil Giftstoffe drin sind. Der Vorstoss zielt darauf, dass eine solche sanierte Deponie für Baustoffe benutzt werden kann.

Urs Kaufmann (SP) schliesst an den Vorredner an, es würden mit dem Vorstoss falsche Hoffnungen geschürt. Auch wenn weitere Standorte im KRIP festgelegt werden, wird kein einziger Lastwagen weniger fahren. Entscheidend ist, dass an den festgesetzten Standorten die Bewilligung erfolgt. Das ist der eine Engpass. Der andere, den der Redner bereits erwähnt hat: Bei der Vermeidungsstrategie, bei der Deponieabgabe, muss man einen Schritt weiterkommen. Die kantonale Nutzungsplanung wurde gemacht, nun braucht es die lokale, die Bewilligungen, die Zeit in Anspruch nehmen werden. Andererseits muss mit der Deponieabgabe sichergestellt werden, dass mindestens 30 % weniger Material deponiert wird. Deshalb braucht es die Motion im Moment nicht.

Thomas Noack (SP) sagt, kurzfristig am erfolgsversprechenden sei die Strategie, die Gemeinden zu überzeugen, die Deponieplanung mit einer Nutzungsplanung umzusetzen. Dies braucht sehr viel Überzeugungsarbeit. Deshalb braucht es als erstes eine griffige Recyclingstrategie und eine Klärung, wie die Deponieabgabe funktioniert.

://: Mit 54:25 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
